

Klaus Steinitz

Bedingungen und Chancen alternativer Wirtschaftspolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Vortrag in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften am 12. Januar 2006

I. Eine neue Entwicklungsstufe des Kapitalismus

Jede Entwicklungsphase des Kapitalismus wird auch durch bestimmte Worte charakterisiert. So kommt den Begriffen *Alternativlosigkeit* bzw. *Alternative* eine Schlüsselfunktion in der Zeitspanne seit Ende der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts bis heute zu. Dies gilt sowohl für neoliberale als auch für linke Wirtschaftspolitik. Allerdings in entgegengesetzter Richtung.

Einmal im Sinne des Ausspruchs der englischen Premierministerin Margaret Thatcher (Regierungszeit 1979 –1990): „There is no alternative“ (TI-NA). Er ist zu einem Symbol und Anspruch der neoliberalen Hegemonie geworden, abgeleitet vor allem aus der Sachzwanglogik der kapitalistischen Globalisierung und des verschärften Standortwettbewerbs. Ein gemeinsamer Zug der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik besteht darin, dass ihre *Grundrichtung*, die auf die Verbesserung der Verwertungsbedingungen des Kapitals und dazu vor allem auf die Ausdehnung der Marktregulierung, die Privatisierung und den Abbau sozialer Errungenschaften und Rechte gerichtet ist, von der herrschenden Wirtschaftstheorie und politischen Klasse *als alternativlos dargestellt wird*. Dies gilt in Deutschland vor allem für die gesamte Reformpolitik, die mit der Agenda 2010 verknüpft ist. Der vorhandene Spielraum der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik wurde von der abgelösten rot-grünen Bundesregierung und wird ebenso von der Regierung der großen Koalition nur im Tempo und im Ausmaß der Reformschritte gesehen.

Zum anderen in Richtung linker wirtschaftspolitischer Forderungen, d.h. Alternativen für eine sozial und ökologisch zukunftsorientierte und damit auch nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, die von den Interessen der Menschen ausgeht. Bei ihrer Begründung müssten in stärkerem Maße als bisher nicht nur die Interessen der Bevölkerungsmehrheit der Metropolenstaaten im Vordergrund stehen, sondern die globalen Menschheitsinteressen, besonders

auch der Bevölkerung der „Dritten Welt“. Das Konzept einer alternativen Politik ist darauf gerichtet, „den Panzer der >Alternativlosigkeit< zu durchbrechen, mit dem die ökonomischen Eliten, die politische Klasse und ihre Ideologen die Politik des Neoliberalismus legitimieren.“¹

Eine Alternative zur herrschenden neoliberalen Ideologie und Politik steht vor mehrfachen Herausforderungen. Sie muss einerseits die veränderten Bedingungen Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts in ihren widersprüchlichen und ambivalenten Wirkungen möglichst umfassend berücksichtigen. Andererseits gilt es durch Kritik an der vorherrschenden Wirtschafts- und Sozialpolitik und durch ökonomische Aufklärung die Menschen davon zu überzeugen, dass die offizielle neoliberale Politik mit ihren „wissenschaftlichen“ Begründungen nicht alternativlos ist. Es gilt den Nachweis zu führen, dass es sozial gerechtere, mehr zukunftsorientierte sowie auch ökonomisch, vor allem gesamtwirtschaftlich, rationellere und zugleich realistische Alternativen zur Lösung der Probleme gibt. Dieser Nachweis muss nicht nur wissenschaftlich erbracht werden, sondern auch für die Menschen verständlich, überzeugend und nachvollziehbar.

Ein grundlegender Widerspruch besteht heute darin, dass die meisten Menschen mit der Politik und ihren Ergebnissen unzufrieden sind, viele Maßnahmen als ungerecht empfinden, sie aber diese zugleich als im Kern alternativlos ansehen. Das hängt in hohem Grade damit zusammen, dass die grundsätzlichen gesamtwirtschaftlichen Wirkungen neoliberaler Politik der unmittelbaren Anschauung meist nicht zugänglich sind, während die einzelwirtschaftlichen Wirkungen in den Unternehmen oft neoliberalen Argumenten scheinbar Recht geben.

Wilhelm Heitmeyer charakterisiert in einem Beitrag in „Die Zeit“ diese Entwicklung und auch die von ihr ausgehenden politischen Gefahren:

„Betrachtet man die Debatten und Ereignisse des Jahres 2005, wird deutlich, dass rasante ökonomische Entwicklung und soziale Integration auseinander zu driften scheinen. Insbesondere drei Problemquellen tragen dazu bei und erzeugen eine neue Qualität. Es ist anzunehmen, dass sich diese in den Gefühlen der Bevölkerung niederschlägt. Erstens: *Kontrollverluste* nationalstaatlicher Politik im Zuge der Globalisierung und die Wahrnehmung, dass die soziale *Unsicherheit* größer wird. Zweitens: *Ungerichtete* gesellschaftliche Prozesse, die das Gefühl der Orientierungslosigkeit hervorbringen. Drittens: Die *Unbeeinflussbarkeit* von ökonomischen Entwicklungen, die das Gefühl

1 Frank Deppe, Kapitalismus Reloaded. Widerstand und Perspektiven jenseits des Kapitalismus, Sozialismus 1/06, S. 26

erzeugen, als politischer Bürger nur noch wenig zur eigenen sozialen *Sicherung* und zur Entwicklungs*richtung* der Gesellschaft beitragen zu können.“

Die Diskussionen unter den Linken zu Problemen alternativer Wirtschaftspolitik erfolgten bisher vor allem im Zusammenhang mit nationalstaatlichen Konzepten und in den letzten Jahren verstärkt auch mit kritischen Auseinandersetzungen zur EU-Politik. Seit 30 Jahren unterbreitet die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik der Öffentlichkeit ihre Memoranden zu Grundfragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik in Deutschland als eine Art Gegengutachten zu den offiziellen Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Seit 1995 besteht eine Europäische Memorandum-Gruppe, die 1997 ihr erstes EuroMemo vorgelegt hat, dem danach weitere Memoranden gefolgt sind, in denen die Geld-, Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU kritisch analysiert wird und Vorschläge für eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU unterbreitet werden. Zunehmend werden der Öffentlichkeit auch Alternativen zu globalen Problemen unterbreitet, die von der Vorstellung der Attac-Losung „Eine andere Welt ist möglich“ ausgehen. Auf diesem Gebiet globaler Politik sind jedoch nach wie vor die Defizite linker Alternativen am stärksten.

Die Einflüsse der verschiedenen Gruppen für alternative Wirtschaftspolitik, in denen vorwiegend Wissenschaftler und Gewerkschafter tätig sind, nicht nur auf die praktizierte Wirtschaftspolitik selbst, sondern auch auf den öffentlichen Diskurs, sind trotz stärkerer Resonanz in Gewerkschaften und in sozialen Bewegungen wie Attac, insgesamt noch relativ schwach. „Das gravierende strategische Defizit der Linken besteht insbesondere darin, dass sie es bislang nicht vermochte, in den Fragen von Zustand, Perspektiven und Entwicklungspfaden der Wirtschaft die intellektuelle Hegemonie und Interpretationshoheit der neoliberalen Ökonomie generell aufzubrechen.“²

Zu vielen Aspekten alternativer Wirtschafts- und Sozialpolitik gibt es unter den Gegnern neoliberaler Politik unterschiedliche, teilweise entgegengesetzte Auffassungen. Das wird z.B. deutlich bei solchen Fragen wie: Rolle der Erwerbsarbeit – heute und in Zukunft; Bedingungen für Vollbeschäftigung und Realismus einer darauf gerichteten Forderung im heutigen Kapitalismus; Inhalt, soziale Funktion und Höhe einer Grundsicherung bzw. eines Grundeinkommens; Möglichkeiten, die ökonomischen und sozialen Niveauunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland in absehbarer Zeit zu

2 Günter Krause in einem Arbeitspapier der RLS (2005): Konzept für eine internationale Workshop-Serie zu fragen alternativer Politik.

überwinden; aktuelle Rolle, Tauglichkeit und Inhalt keynesianischer Vorstellungen für eine alternative Wirtschaftspolitik.³ Dies gilt nicht nur für die nationalstaatliche Ebene, sondern auch für einen Euro-Keynesianismus und erst recht für einen globalen Keynesianismus.

II. Grundlegende Anforderungen an alternative Wirtschaftspolitik

In den letzten Jahrzehnten haben sich die ökonomischen und politischen Bedingungen für eine alternative Wirtschaftspolitik wesentlich verändert. Sie sind insgesamt *komplizierter und widersprüchlicher* geworden. Dies hängt insbesondere mit dem Siegeszug des Neoliberalismus in der kapitalistischen Welt seit Ende der 70er Jahre, den Globalisierungsprozessen sowie den zunehmenden Krisenprozessen im Kapitalismus zusammen. *Eine alternative sozial-ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik ist einerseits notwendiger, vordringlicher und andererseits aber schwieriger geworden.*

Die geschichtlichen Erfahrungen zeigen, dass es grundsätzlich möglich ist, durch Wandlungen in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen auch Veränderungen im Interesse der Lohnabhängigen und sozial Schwächeren zu erzielen. Die jüngste Zeit macht aber auch deutlich, dass bei ungünstigen Bedingungen – Wachstumsschwäche, verschärfte internationale Konkurrenz zwischen Unternehmen und Wirtschaftsstandorten, instabile, deregulierte Finanzmärkte, dauerhaft hohe Massenarbeitslosigkeit, Stagnation der Realeinkommen, prekäre Situation öffentlicher Haushalte – und bei Schwächung und Resignation der Gegenkräfte zum Neoliberalismus, rückschrittliche Tendenzen immer mehr die Oberhand gewinnen. Sie tragen den Charakter einer Gegenreform und stehen im Widerspruch zu den Interessen der Bevölkerungsmehrheit. Dann nehmen, wie gegenwärtig in der Bundesrepublik und in den meisten anderen EU-Ländern, die Kommodifizierung sämtlicher Elemente und Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, die Durchkapitalisierung der Gesellschaft und die Ausrichtung der gesamten Wirtschafts- und Sozialpolitik auf die Verwertungsinteressen des Kapitals weiter zu. Die Ergebnisse des jahrhundertlangen Kampfes um soziale Reformen werden schrittweise zurückgenommen, und linke alternative Wirtschaftspolitik erhält kaum Chancen, ihre Vorschläge umzusetzen.

3 Zur Vielfalt und Komplexität der Probleme, mit denen alternative Wirtschaftspolitik konfrontiert ist, vgl. Klaus Steinitz (2005): Chancen für eine alternative Entwicklung. Linke Wirtschaftspolitik heute, Hamburg, S. 12 ff.

Grundsätzlich gibt es keine alternativlose Situation. Aus den vorhandenen Bedingungen, die ja selbst wesentlich durch politische Entscheidungen entstanden sind, ergeben sich immer mehrere alternative Möglichkeiten der weiteren Entwicklung. Auch das kapitalistische Wirtschaftssystem nimmt in den verschiedenen Ländern und Regionen und zu verschiedenen Zeiten unterschiedliche Züge an: im Ausmaß der Konzentration und Zentralisation des Kapitals und in der Gestaltung der Unternehmenslandschaft, in den konkreten ökonomischen Strukturen und Beziehungen – in der Verteilung der primären Einkommen, im Umfang und der Art der Umverteilung dieser Einkommen über die öffentlichen Haushalte, in der Reichtumskonzentration u.a. – sowie in der Ausgestaltung der sozialen und ökologischen Regelungen.

Diese spezifischen Züge werden zwar von den unterschiedlichen objektiven ökonomischen und natürlichen Bedingungen wesentlich beeinflusst, sind jedoch nicht deren unmittelbare oder zwangsläufige Folge. Sie sind wesentlich von der herrschenden Politik, insbesondere von den politisch gestalteten ökonomischen Rahmenbedingungen und den vielfältigen ökonomischen Regulativen und Instrumenten, sowie von den politischen Kämpfen und der Stärke der Gegenkräfte des Kapitals abhängig. Das zeigte sich deutlich in der Herausbildung von zwei Grundtypen des Kapitalismus, dem angelsächsischen und dem rheinischen, sozialstaatlichen. In den Auseinandersetzungen um die möglichen Perspektiven des westeuropäischen Sozialstaates, um die Wege seiner Erhaltung und Weiterentwicklung gewinnt gegenwärtig in Europa das skandinavische Modell des Wohlfahrtsstaates an Bedeutung. International weisen die letzten Jahrzehnte vielfältige und verstärkte Tendenzen der Entwicklung von „Kapitalismen“ mit spezifischen Zügen auf, in Osteuropa in den früheren staatssozialistischen Ländern, in Süd- und Ostasien, in Lateinamerika und in Afrika.

Historisch ergaben sich insbesondere in der Zeit nach dem II. Weltkrieg, in den fünfziger und sechziger Jahren in den kapitalistischen Metropolen günstige objektive ökonomische und auch politische Bedingungen für eine gewisse soziale Bändigung des Kapitalismus vor allem in Form eines ausgestalteten Sozialstaates und erweiterter Mitbestimmungsrechte. Die sozialen Errungenschaften in der Nachkriegsperiode, den „goldenen Jahren“, waren nur möglich durch das Zusammenfallen einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung, darunter einer raschen Erhöhung des Massenkonsums, mit starken gegen die Macht des Kapitals gerichteten Kräften, vor allem starken und einflussreichen Gewerkschaften. Dabei spielte auch der Einfluss, der von der Existenz eines dem Kapitalismus entgegengesetzten Systems ausging, eine wichtige Rolle.

Wenn die Voraussetzungen für alternative Konzepte heute erörtert und bewertet werden, muss beachtet werden, dass sich die *objektiven Voraussetzungen und ökonomischen Rahmenbedingungen* – zum großen Teil jedoch als direkte Folge einer verfehlten Wirtschaftspolitik – *für fortschrittliche Alternativen gegenüber den fünfziger und sechziger Jahren wesentlich verschlechtert haben*. Infolge geringerer Wirtschaftsdynamik sind die Spielräume für eine aktive Wirtschaftspolitik kleiner und die Verteilungauseinandersetzungen schärfer geworden. Weitere Konsequenzen sind: anhaltend hohe Massenarbeitslosigkeit und insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit, Stagnation und Rückgang der Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte.

Die „Reformen“ zum Aushöhlen des Sozialstaates und zur „Vermarktlichung“ der gesellschaftlichen Beziehungen sind jedoch auch heute nicht alternativlos. Die neoliberalen Reformen ergeben sich entgegen allen Behauptungen nicht mit „Naturgewalt“ aus den Sachzwängen der Globalisierung, der demografischen Entwicklung und den derzeitigen Problemen der Finanzierung der Renten-, Gesundheits- und Pflegesysteme etc. Es gibt begründbare realistische Alternativen, die darauf gerichtet sind, den Sozialstaat zu erhalten und ihn entsprechend den veränderten Bedingungen zukunftsfähig weiterzuentwickeln. Sie haben jedoch heute und in absehbarer Zukunft weit stärkere Widerstände zu überwinden als früher. Für ihre Durchsetzung ist es deshalb nötig, dass stärkere Gegenkräfte gegen die dominierende neoliberale Politik gewonnen werden.

Kernpunkt der gegenwärtigen politischen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik und anderen westeuropäischen Ländern ist nicht die Frage, ob Reformen notwendig sind, sondern welche Art von Reformen benötigt wird, welche Interessen ihnen zu Grunde liegen, mit welchen Leitbildern zur Entwicklung der Gesellschaft sie verbunden sind. Linke Alternativen müssen vermitteln, dass es auch unter kapitalistischen Bedingungen möglich und lohnend ist, vorhandene Chancen zu nutzen, um im Interesse der Menschen Einfluss auf die ökonomische, soziale und ökologische Entwicklung zu nehmen. Wirtschaftliche Vorgänge können durch die Politik entscheidend beeinflusst werden. Auch unter kapitalistischen Bedingungen ist linke, sozialistische Politik nicht generell chancenlos. Ihre Einflussmöglichkeiten sind nicht darauf begrenzt, neoliberale Trends „abzubremsen“ und deren Auswirkungen etwas abzumildern. Sie hat grundsätzlich die Möglichkeit, die Richtungen der Wirtschaftspolitik zu beeinflussen, auch wenn die gegenwärtige gesellschaftliche und ökonomische Realität dem völlig zu widersprechen scheint. Die aktuelle neoliberale Reformpolitik in der Bundesrepublik vertieft stetig die Kluft zwischen Marktradikalismus, unsolidarischer Wirtschafts- und Sozialpolitik auf

der einen und den Erfordernissen eines emanzipativen, auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit gerichteten Entwicklungspfad auf der anderen Seite.

Das entscheidende Kriterium linker Alternativen besteht darin, dass sie von den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung an einer sozial gerechteren und zukunftsfähigen Entwicklung, insbesondere von den Interessen der abhängig Beschäftigten und der sozial Benachteiligten, ausgehen. Sie müssen tragfähige, realistische Wege aufzeigen, um auf die neuen Herausforderungen zu reagieren, um Widersprüche und Probleme nachhaltig zu lösen.

III. Ebenen und Zeithorizonte von Alternativen

Alternative Wirtschaftspolitik muss bei der Ausarbeitung ihrer Vorschläge und Konzepte die verschiedenen Zeithorizonte – kurz-, mittel- und langfristig – sowie den Charakter der vorgeschlagenen Alternativen berücksichtigen: Alternativen zu aktuellen neoliberalen Maßnahmen, Alternativen für Reformen innerhalb des Kapitalismus, Alternativen zur Überwindung des kapitalistischen Systems.

Ebenso gilt es zu beachten, dass alternative Wirtschaftspolitik je nach den Ebenen, auf denen sie wirksam ist – Kommune, Bundesland, Bundesrepublik, EU, Global – wesentliche Spezifika und Unterschiede aufweist. Diese beziehen sich vor allem auf die Rahmenbedingungen, den Inhalt und die Schwerpunkte alternativer Wirtschaftspolitik, auf ihre Spielräume und ihre Akteure sowie auch auf die Bedeutung, die Alternativen auf der jeweiligen Ebene zukommt. Die wechselseitigen Verflechtungen und gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen den verschiedenen Ebenen werden zunehmend enger und vielfältiger. Dies betrifft vor allem die Beziehungen von Alternativen auf Länder- und Bundesebene zu solchen für die EU und zur Globalisierung. Alternativen für die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung in ganz Deutschland bleiben von zentraler Bedeutung. Zugleich gewinnen die regionale Ebene (u.a. realistische Konzepte zur Lösung der ostdeutschen Entwicklungsprobleme), die europäische (EU-)Ebene und auch die globale Ebene eine zunehmende Bedeutung.

Eine engere inhaltliche und akteursbezogene Vernetzung alternativer Wirtschaftspolitik zwischen globaler, EU- und nationalstaatlicher Ebene bleibt eine grundlegende Herausforderung für alle, die an einer zukunftsfähigen Entwicklung für die gesamte Menschheit, an der Überwindung von Armut und Hunger, sozialer Unsicherheit und Ungerechtigkeit interessiert sind. Zum einen bilden die „Allmacht“ und die „Unaufhaltsamkeit“ der Globalisierung und des sich damit verschärfenden internationalen Wettbewerbs auf al-

len Gebieten den eigentlichen Hintergrund für die Angriffe auf den Sozialstaat, auf die Löhne und Arbeitszeiten der abhängig Beschäftigten. Zum anderen hat alternative Politik nur dann Chancen, wenn es gelingt, eine starke globalisierungskritische Gegenkraft zur dominierenden Macht der internationalen Finanzmärkte, der transnationalen Konzerne und der mächtigsten Industriestaaten mit den von ihnen beherrschten internationalen Institutionen zu entwickeln. Für alternative wirtschaftspolitische Vorstellungen gewinnt die Nord-Süd-Problematik als eine der größten Herausforderungen der Zukunft weiter an Bedeutung.⁴

Im folgenden soll etwas näher auf die verschiedenen Zeithorizonte von Alternativen eingegangen werden. Dabei wird von folgenden Prämissen ausgegangen:

Erstens. Die konkreten ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse des Kapitalismus und ihre Wirkungen auf die Menschen sind veränderlich und von den Interessen, Handlungen und Kräfteverhältnissen der gesellschaftlichen Klassen und sozialen Gruppen, der verschiedenen Akteure abhängig. In welcher Qualität und in welchem Umfang es unter den vorherrschenden kapitalistischen Eigentumsverhältnissen möglich sein wird, soziale und ökologische Erfordernisse durchzusetzen und eine demokratische Kontrolle und Mitbestimmung über die Arbeit, die Produktion sowie über die Verteilung ihrer Ergebnisse zu erreichen, kann nicht definitiv für alle Zeiten vorausgesagt und auch nicht für eine kürzere zeitliche Etappe zuverlässig bestimmt werden. Dazu sind auf jeden Fall wesentliche Veränderungen in den Kräfteverhältnissen unverzichtbar.

Es muss auch davon ausgegangen werden, dass die Lösung der grundlegenden Probleme des gesellschaftlichen Fortschritts, von einer selbstbestimmten, freien Arbeit über soziale Gleichheit und Gerechtigkeit in ihren vielfältigen Ausprägungen bis hin zur ökologischen Nachhaltigkeit untrennbar mit Fortschritten beim Zurückdrängen und schließlich beim Überwinden der Dominanz des Profitprinzips verbunden ist.

Zweitens. Die Herausbildung der Grundzüge einer zum Kapitalismus alternativen sozialistischen Gesellschaft und Wirtschaftsweise setzt nicht nur die Aufhebung der kapitalistischen Grundstrukturen voraus, sondern ebenso das Vermeiden der grundlegenden Defizite und strukturellen Mängel des Staatssozialismus.

4 Vgl. zur Problematik der verschiedenen Ebenen alternativer Wirtschaftspolitik: Klaus Steinitz (2005): Chancen für eine alternative Entwicklung ..., a.a.O. S. 133 ff.

Eine sozialistische Alternative zum Kapitalismus wird nur dann Realisierungschancen haben, wenn sie nicht als ein verbindliches oder fertiges Modell ausgearbeitet wird, sondern sich als ein pluralistisches, für neue Erkenntnisse und Erfahrungen offenes Projekt ständig im Diskussionsprozess befindet.

Drittens. Zwischen Alternativen zur neoliberalen Politik im Kapitalismus und einer alternativen sozialistischen Gesellschaft besteht keine chinesische Mauer. Vielmehr setzt die Überwindung des Kapitalismus den ständigen Kampf gegen neoliberale Reformen und um wirkliche Reformen im heutigen Kapitalismus voraus. Je besser es durch Veränderungen im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis gelingt, schon heute Veränderungen im Sinne sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit, Demokratisierung der Wirtschaft und Selbstbestimmung sowie Zukunftsfähigkeit durchzusetzen, desto günstiger sind auch die Chancen, langfristig weitere, größere Schritte in Richtung einer Alternative zum Kapitalismus gehen zu können.

Ausgehend von diesen Prämissen sollte bei der Ausarbeitung und Diskussion von Vorschlägen für eine alternative Wirtschaftspolitik unterschieden werden zwischen (1) pragmatischen, kurzfristig machbaren, konkreten Alternativen, die zu entsprechenden meist kleineren Schritten und Veränderungen auf Teilgebieten führen (können), aber oft nur der Abwehr neoliberaler Vorhaben dienen; (2) notwendigen tiefergehenden Umgestaltungen und Veränderungen im Rahmen einer langfristig angelegten und komplexen alternativen Reformstrategie, die sich insgesamt noch im Rahmen der Grundstrukturen einer kapitalistischen Gesellschaft bewegt, jedoch schon Elemente einer darüber hinaus weisenden sozialistischen Gesellschaft enthalten kann; und (3) einem sehr langfristigen, heute in seinen zeitlichen Dimensionen unbestimmten Transformationsprojekt, das die oben angeführten tiefergehenden Veränderungen bis zur Überwindung des kapitalistischen Systems der Produktion und Verteilung weiter führt und auf die Herausbildung/Gestaltung einer zum Kapitalismus alternativen sozialistischen Gesellschaft gerichtet ist.

Diese drei zeitlichen Dimensionen sozialistisch-alternativer (Wirtschafts-) Politik sind sowohl durch wichtige Gemeinsamkeiten und enge wechselseitige Verflechtungen als auch durch wesentliche Unterschiede gekennzeichnet.⁵

Einen wichtigen Platz in solchen Alternativen müssen die notwendigen Veränderungen in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und die Bedingungen zur Erhöhung ihrer politischen Durchsetzungskraft erhalten. Ohne

5 Vgl. ebenda, S. 126 ff.

Akteure, die sich für die Alternativen einsetzen, und ohne Veränderungen im Kräfteverhältnis bleiben die schönsten Alternativen nur theoretische Wunschvorstellungen. Im Fehlen dieser Durchsetzungsmacht und in einem verbreiteten Fatalismus und politischen Desinteresse der potenziellen Akteure sowie einer Zersplitterung des Widerstands liegen entscheidende Hemmnisse für die Umsetzung alternativer Vorschläge.

Die drei zeitlichen Varianten von Alternativen sind eng untereinander verflochten, bauen aufeinander auf und gehen auch ineinander über. Das gilt insbesondere für die Beziehungen zwischen einem Reformprojekt zur Herausbildung eines neuen Entwicklungstyps ökonomischer, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit und einem Transformationsprojekt zu einer demokratischen sozialistischen Gesellschaft. Beide müssen relevante Gemeinsamkeiten aufweisen, da gerade das Wesen eines Transformationsprojekts des demokratischen Sozialismus darin besteht, dass es mit Veränderungen nicht erst jenseits des Kapitalismus, sondern im Kapitalismus beginnt.⁶

Eine besondere Bedeutung kommt solchen Elementen und Aufgaben alternativer Projekte zu, die die Zusammenhänge zwischen dem sofort möglichen *Einstieg* in eine andere Entwicklung und den zukunftsorientierten, langfristigen Lösungen deutlich machen. Hierzu gehören z.B. die Einführung von Elementen einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung, Schritte zur Stärkung des nicht profitorientierten Bereichs gemeinwohlorientierter Arbeit – öffentlicher Beschäftigungssektor (ÖBS), Schritte zur Verbesserung der ökonomischen Rahmenbedingungen für den sozial-ökologischen Umbau, konkrete Strukturveränderungen in Richtung sozial-ökologischer Nachhaltigkeit – solare Energiewirtschaft, Ausbau bildungs- und wissensintensiver Bereiche sowie humanorientierter Dienstleistungen.

Für den entfesselten Kapitalismus ist typisch, dass nicht nur langfristige Reformalternativen, sondern auch konkrete, aktuelle alternative Vorschläge für mehr soziale Gerechtigkeit sowie Forderungen zur Erhaltung des Sozialstaats zunehmend an die Grenzen des kapitalistischen Systems stoßen. Sie sind deutlicher als in den „goldenen Jahren“ der Nachkriegsjahrzehnte mit der Notwendigkeit der Veränderung und schließlich Überwindung der Grundlagen dieses Systems konfrontiert.

6 Vgl. hierzu: Klein, Dieter (2002), Demokratischer Sozialismus als transformatorisches Projekt. Ein Beitrag zur Programmdiskussion der PDS, in Brie, Michael/Chrapa, Michael/Klein, Dieter (Hrsg.): Sozialismus als Tagesaufgabe, RLS, Berlin; Klein, Dieter (Hrsg.) (2003), Leben statt gelebt zu werden, Selbstbestimmung und soziale Sicherheit, Zukunftsbericht der RLS, Berlin

Unter kurzfristigen alternativen Forderungen könnten solche verstanden werden, die grundsätzlich sofort oder im Verlauf einer Legislaturperiode erfüllt werden könnten. Das sind z.B. Forderungen nach Wiedereinführung einer Vermögenssteuer, nach Erheben einer Tobinsteuer, nach Erhöhung der Mittel für die EU-Regionalfonds u.ä. Auf sie könnten dann weitergehende Vorstellungen für ein langfristiges alternatives Reformprojekt aufbauen. Aber niemand kann voraussagen, dass sie kurzfristig realisiert werden. Die Wahrscheinlichkeit ist sogar größer, dass sie heute bei den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen nicht durchgesetzt werden können. Dann würden solche ihrem Typ nach kurzfristigen Forderungen über einen längeren Zeitraum immer wieder erhoben werden, vielleicht in einer etwas modifizierten Art. Es gibt daher m.E. keine einigermaßen begründete Zeitschiene für langfristige Reformprojekte, bei denen davon ausgegangen werden kann, dass mit einem Mindestgrad an Sicherheit oder Wahrscheinlichkeit auf realisierte kurzfristige Projekte aufgebaut werden kann.

An zwei Beispielen soll die Spezifik der Forderungen für die verschiedenen Zeitdimensionen gezeigt werden, für die Arbeitszeit und die Eigentumsverhältnisse.

Arbeitszeit:

- Kurzfristig: Regelungen zur Begrenzung der maximalen wöchentlichen Arbeitszeit und zum Abbau von Überstunden; Verhinderung von Maßnahmen zur Verlängerung der Normalarbeitszeit; Angleichung der gesetzlichen Arbeitszeit in Ostdeutschland an die in Westdeutschland; Schritte zur Durchsetzung von Mindestforderungen für Arbeitszeitregelungen in der EU;
- Strategisch: Verkürzung der gesetzlichen Arbeitszeit auf 30 Stunden und weniger; Verlagerung größerer Teile der Qualifizierung und Weiterbildung in die Normalarbeitszeit; Schritte zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung bei stärkerer Berücksichtigung der Bedürfnissen der abhängig Beschäftigten und zur Unterstützung Alleinerziehender und von Familien mit Kindern; Harmonisierung von Arbeitszeitregelungen in der EU; Schritte zur Durchsetzung von Mindestforderungen für globale Arbeitszeitregelungen;
- Sozialismus: Arbeitszeitregime entsprechend dem Stand und der Entwicklung der Produktivität und der Bedürfnisentwicklung; systematische Erweiterung der Freizeit; zunehmend flexible und selbstbestimmte Gestaltung der täglichen, wöchentlichen, jährlichen und Lebens-/Arbeitszeitregimes entsprechend den unterschiedlichen Bedürfnissen und spezifischen Lebensbedingungen der Menschen.

Eigentum:

- Kurzfristig: Verhindern einer weiteren Privatisierung öffentlichen Eigentums; Rückgängigmachen von Privatisierungen, die sich negativ auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung auswirken; Maßnahmen zur Förderung des genossenschaftlichen Eigentums und zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, um den ökonomischen Druck auf die Privatisierung von kommunalem Eigentum zu beseitigen bzw. zu verringern; Maßnahmen zur Unterstützung von Existenzgründungen und zur Stabilisierung der KMU, mit besonderem Schwerpunkt in Ostdeutschland; Kampf gegen die Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU.
- Strategisch: Schritte zur Herausbildung solcher Eigentumsstrukturen im Bereich öffentlicher Güter (Dienste), die unter ökonomischen, sozialen und demokratischen Aspekten günstig sind; Maßnahmen zur langfristigen Stärkung genossenschaftlicher und kommunaler Eigentumsformen; Ausbau der demokratischen Mitbestimmung der Beschäftigten in allen Eigentumsformen; wirksamere öffentliche Kontrolle und Einflussnahme über bzw. auf die Großunternehmen, transnationalen Konzerne, Banken und Finanzinstitutionen; stärkere Beteiligung der Unternehmen, vor allem der Kapitalgesellschaften, an der Finanzierung des Gemeinwesens; Schritte zur Re-Regulierung der internationalen Finanz- und Kapitalmärkte und zum Schutz der nationalen Wirtschaft in den Entwicklungsländern vor den internationalen Finanzmärkten und transnationalen Konzernen; insgesamt: Zurückdrängen der Profitdominanz.
- Sozialismus: Herausbildung einer pluralistischen Eigentumsstruktur von privatem, genossenschaftlichem und öffentlichem Eigentum, bei Dominanz des Gemeineigentums; Verwirklichung einer demokratischen Unternehmensverfassung mit weitgehender Mitbestimmung und Ausprägen der Interessen der Beschäftigten an guten Ergebnissen der Unternehmen; Sicherung einer gesellschaftlichen Steuerung (Planung) grundlegender Entwicklungsprozesse, insbesondere einer Investitionslenkung, bei weitgehender Autonomie und Dezentralisierung von Entscheidungen der Unternehmen; insgesamt: Aufheben der Profitdominanz.

IV. Schlussfolgerungen für alternative Wirtschaftspolitik

Alternativen umfassen ein breites Feld von Handlungsmöglichkeiten, die jeweils durch spezifische Zusammenhänge und Konsequenzen für die weitere Entwicklung charakterisiert werden. Sie sind untereinander meist eng ver-

bunden, so dass ihre isolierte Verwirklichung meist schwierig bzw. kaum möglich sein wird. So sind Forderungen nach einem wirksamen öffentlichen Investitions- und Innovationsprogramm und nach Ausbau und Stärkung öffentlicher Güter und Dienstleistungen entscheidend von der Durchsetzung einer anderen Steuerpolitik zur Erhöhung der Einnahmen des Staates abhängig. Um die Ausdehnung des Niedriglohnsektors und eine Verschärfung der Niedriglohnkonkurrenz mit ausländischen Arbeitskräften zu verhindern, ist es notwendig gesetzliche Mindestlöhne einzuführen und das Wirksamwerden der Bolkestein-Richtlinie zur Liberalisierung der Dienstleistungen in der EU in der von der EU Kommission bestätigten Gestalt zu verhindern.

Die Realisierungschancen alternativer Projekte sind meist von bestimmten Schlüsselfragen abhängig, vor allem von den Eigentums-, ökonomischen Macht- und Interessenstrukturen. Von besonderer Bedeutung sind die internationalen – europäischen und globalen – wirtschaftlichen Verflechtungen, der Einfluss der internationalen Finanzmärkte, der Zustand der öffentlichen Finanzen, die Höhe der Massenarbeitslosigkeit, die Entwicklung der realen Masseneinkommen und des Binnenmarkts sowie die Entwicklung der politischen Kräfteverhältnisse der öffentlichen Meinung und des Bewusstseins der Menschen.

Bei der Ausarbeitung konkreter Alternativen kommt dem Nachweis der Finanzierungsmöglichkeiten eine entscheidende Bedeutung zu. Ohne den Nachweis, dass die Vorschläge zur Erhaltung und Weiterentwicklung des Sozialstaats, zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, für ein Programm öffentlicher Investitionen zur Entwicklung der Infrastruktur u.a. auch finanzierbar sind, haben sie kaum Realisierungschancen. Dabei steht alternative Wirtschaftspolitik vor einer *doppelten Aufgabe*. Erstens Kritik der gegenwärtigen Politik. Es gilt nachzuweisen, dass die Finanzierungsprobleme zum großen Teil Folge falscher Wirtschafts- und Sozialpolitik sind: der Schwächung der Binnenkaufkraft durch verschärften Lohndruck und Abbau von Sozialleistungen, unwirksamen Maßnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit, einer sozial ungerechten und teilweise auch ökonomisch kontraproduktiven Steuerpolitik. Zweitens Ausarbeitung eines eigenen realistischen Finanzierungskonzepts. Nachvollziehbare Finanzierungsvorschläge müssen zu festen Bestandteilen alternativer Vorschläge werden.

Abschließend einige *Schlussfolgerungen* aus den bisherigen Darlegungen für alternative Wirtschaftspolitik:

1. Alternative Wirtschaftspolitik umfasst verschiedene Seiten und Stufen, die in ihrer Gesamtheit und gegenseitigen Verflechtung zu einer erhöhten Wirksamkeit ihrer Vorschläge beitragen können: *Kritik* an den gegen-

wärtigen Verhältnissen und an der hierfür verantwortlichen Politik; *Aufklärung* über die realen ökonomischen Zusammenhänge und Entwicklungstendenzen; *Widerstand* gegen Sozialabbau, Umverteilungspolitik von unten nach oben, Privatisierung öffentlicher Güter, neoliberale Politik in der EU und in den internationalen Institutionen; *Ausarbeitung konkreter wirtschafts- und sozialpolitischer Alternativen* zur Problemlösung wirtschafts- und finanzpolitischer, beschäftigungspolitischer, sozialer und umweltpolitischer Probleme im Interesse der Menschen, *Initiativen und Aktionen für die Verwirklichung der Alternativen* durch die Gewinnung breiter Unterstützung in der Bevölkerung, Förderung von Bündnissen gleichberechtigter Partner, insbesondere sozialer Bewegungen, die insgesamt zu Veränderungen politischer Kräfteverhältnisse führen. Jede dieser Stufen ist für Erfolge alternativer Politik unverzichtbar.

Zwei übergreifende Probleme sollen in diesem Zusammenhang hervorgehoben werden: die *Interessenproblematik* und das *Stoßen auf Systemgrenzen*.

Die *Interessen* spielen in der Politik und natürlich auch für alternative Wirtschaftspolitik eine entscheidende Rolle. Von der gegenwärtigen Politik der Bundesregierung, der EU und der globalen Institutionen werden viele Bevölkerungsgruppen mit teilweise sehr unterschiedlichen Interessen negativ getroffen. Inwieweit größere Teile der Bevölkerung für alternative Politikvorschläge gewonnen werden können, ist wesentlich davon abhängig, dass es gelingt, an ihre vielfältigen Interessen anzuknüpfen und trotz ihrer Unterschiede das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen. Natürlich nur dann, wenn dieses Gemeinsame auch das Überwiegende, Bestimmende bei der Verwirklichung einer bestimmten Forderung ist und auch mit den Wertvorstellungen und Leitbildern einer freien, emanzipativen, sozial gerechten und nachhaltigen Entwicklung übereinstimmt.

Bei der Ausarbeitung alternativer Politikvorschläge zeigt sich häufig, dass an die Grenzen des kapitalistischen Systems gestoßen wird. Es ist dabei auch zu beachten, dass diese Grenzen nicht genau bestimmt werden können, und dass sie nicht fest, sondern durchaus veränderbar sind. Daher ist es sinnvoll, auch solche Forderungen aufzustellen, deren konsequente Verwirklichung über den „bisher bekannten Kapitalismus“ (Altwater) hinausgeht.

2. *Es gibt keinen Königsweg alternativer Wirtschaftspolitik.* Gegenwärtig sollte das Schwergewicht darauf gelegt werden, alternative Vorschläge und Konzepte für die Probleme auszuarbeiten, die im Zentrum der aktu-

ellen wirtschafts-, sozial- und umweltpolitischen Auseinandersetzungen stehen. Es ist wichtig, dabei eine bestimmte Mindestkonsistenz zwischen den verschiedenen Vorschlägen zu den wichtigsten Problemfeldern anzustreben und die zwischen ihnen bestehenden Abhängigkeiten zu berücksichtigen. Dies betrifft besonders *Finanzierungsvorstellungen*, um z.B. zu vermeiden, dass ein und dieselbe Quelle mehrfach als Grundlage für die Finanzierung vorgesehen wird. Es sollte auch größerer Wert auf die *Eigenständigkeit* alternativer Politikvorschläge gelegt werden, d.h. dass sie nicht nur als Reaktion auf neoliberale Politik erscheinen, sondern stärker als bisher auch aus eigenen Überlegungen für Eckpunkte einer zukunftsorientierten Politik, aus eigenen Ziel- und Wertvorstellungen abgeleitet werden. Dazu gehören:

- Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigungsverhältnisse, Maßnahmen um einen weiteren Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse zu verhindern;
 - Unterstützung der lohnpolitischen Forderungen der Gewerkschaften zur Einführung von Mindestlöhnen und für eine Lohndynamik entsprechend der Produktivitätssteigerung und der Inflationsrate;
 - sozial und ökologisch begründete Steuerreform;
 - Vorschläge für eine zukunftsorientierte Finanzierung des Sozialstaates unter Einbeziehung aller Bürgerinnen und Bürger (Bürgerversicherung) und aller Einkommensarten.
3. Eine besondere Bedeutung für alternative Wirtschaftspolitik kommt den neuen Bundesländern zu, sowohl wegen ihrer zugespitzten strukturellen, finanziellen, beschäftigungspolitischen und sozialen Probleme als auch infolge der besonderen Stärke und der damit verbundenen hohen politischen Verantwortung der linkssozialistischen Partei in der ostdeutschen Region. Das äußert sich auch deutlich in den scharfen Auseinandersetzungen um die Regierungsbeteiligung und Regierungspolitik in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern unter Beteiligung der Linken.
 4. Die Ergebnisse neoliberaler Politik im Innern, die zunehmende Militarisierung der Außenpolitik und die Verschärfung der globalen Probleme schaffen Voraussetzungen für eine *Verbreiterung der sozialen Basis für alternative Politik*. Zugleich zeigen sich hier der *inhomogene Charakter der globalisierungs- und kapitalismuskritischen Bewegungen und Kräfte sowie zwischen ihnen bestehende Interessenwidersprüche und unterschiedliche Politikvorstellungen*. All dies muss noch besser bei der Ausarbeitung alternativer Vorschläge und bei der Vorbereitung von Aktionen

zu ihrer Umsetzung beachtet werden. Das bedeutet u.a., Alternativen in stärkerem Maße auf gemeinsame Mindestforderungen zu konzentrieren, die Vernetzung verschiedener Akteure sowohl bei der Diskussion von Alternativen als auch bei der Vorbereitung von Aktionen zu verbessern und die Verflechtungen und gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen den verschiedenen Gebieten so zu beachten, dass eine stärkere gegenseitige Unterstützung von Aktionen verschiedener Interessengruppen erreicht wird.

5. Alternative Wirtschaftspolitik ist mit vielen neuen, komplizierten und widersprüchlichen Problemen und Herausforderungen konfrontiert. Diese Widersprüchlichkeit wird u.a. deutlich in den Auseinandersetzungen zum ökonomischen Wachstum, insbesondere über seine Bedingungen sowie seine widersprüchlichen sozialen und ökologischen Wirkungen. Viele Fragen sind noch heftig umstritten und können gegenwärtig auch nicht definitiv beantwortet werden. Das hängt auch damit zusammen, dass alternative Vorschläge zur Lösung ökonomischer, sozialer und Beschäftigungsprobleme nicht selten aus objektiven Gründen in sich widersprüchlich sind, nicht nur positive, sondern auch problematische oder direkt negative (Teil-)Wirkungen aufweisen. Umgekehrt enthalten nicht alle Vorschläge der großen Koalition von CDU/CSU/SPD nur negative, zu kritisierende Aspekte. Dies zeigt sich z.B. bei den Diskussionen um Lohnfragen, einerseits um gesetzliche Mindestlöhne, deren Einführung ungeachtet einiger Probleme der Tarifautonomie grundsätzlich richtig ist und unterstützt werden muss, und andererseits um Kombilöhne als einer Forderung, die vor allem von neoliberaler Seite erhoben wird. Deren Einführung könnte zwar kurzfristig und für Teile der abhängig Beschäftigten positive Effekte auf die Höhe der Arbeitseinkommen hervorrufen, ihre langfristigen und grundlegenden Wirkungen führen jedoch zur Ausdehnung des Niedriglohnbereichs und zur Aushöhlung des Tarifsystems. Sie sind im Kern gegen die Interessen der Lohnabhängigen gerichtet.

Die reale Funktion, die eine neue Linke für die Erweiterung der Spielräume und Realisierungschancen alternativer Forderungen ausübt, hängt in hohem Grade davon ab, wie es gelingt, stabile und dauerhafte Beziehungen zu den sozialen Bewegungen und Gewerkschaften zu entwickeln und dabei bestehende Vorbehalte abzubauen und die Aufgaben als linkes Korrektiv gegenüber der herrschenden Politik mit eigenständigen alternativen linken Projekten zu verbinden. Die Hauptarbeit steht hier noch bevor.